



Datenschutzhinweise

Diese Datenschutzhinweise informieren Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch die Verwaltung des Deutschen Bundestages, informieren Sie über Ihre Rechte und versetzen Sie in die Lage, über den Umgang mit Ihren personenbezogenen Daten informiert zu entscheiden.

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

ist der Deutsche Bundestag, den Sie unter folgenden Kontaktdaten erreichen:

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

D – 11011 Berlin

Telefon: +49 (0) 30 227-0

E-Mail: mail@bundestag.de

Den Behördlichen Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter der oben genannten Postadresse mit dem Zusatz „An den Behördlichen Datenschutzbeauftragten“, der oben genannten Telefonnummer oder unter datschutz.dbd@bundestag.de.

Zwecke und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

Die von Ihnen mitgeteilten Daten einschließlich Ihrer Kommunikationsdaten (Name, Adresse, Telefonnummer, E-Mail-Adresse) verarbeiten wir gemäß Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c beziehungsweise gemäß Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (Datenschutz-Grundverordnung), um mit Ihnen in Kontakt treten sowie Ihre Anfrage oder ihr Nutzungsanliegen auf der Grundlage der Archivordnung für den Deutschen Bundestag sowie der Nutzungsordnung für das Parlamentsarchiv bearbeiten zu können.

Weiterleitung

Bei Besuch des Parlamentsarchivs:

Die Polizei beim Deutschen Bundestag verwendet Ihren Vor- und Nachnamen sowie Ihr Geburtsdatum, die Sie dem Parlamentsarchiv vor einem Besuch mitgeteilt haben, zur Bearbeitung Ihres Antrages auf einen Zutritt zu den Liegenschaften des Deutschen Bundestages gemäß Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e der Datenschutz-Grundverordnung in Verbindung mit § 2 der Hausordnung des Deutschen Bundestages. Dazu führt die Polizei beim Deutschen Bundestag eine Zuverlässigkeitsprüfung insbesondere durch Einsichtnahme in das Vorgangsbearbeitungssystem der Polizei beim Deutschen Bundestag und in das Informationssystem der Polizei (INPOL) durch. Die dazu übermittelten personenbezogenen Daten werden nach Beendigung des Besuches gelöscht bzw. vernichtet.

Bei Anfragen und Nutzungsanliegen:

Wenn Sie kostenpflichtige Kopien bestellen, geben wir Ihre Zahlungsdaten an die Bundeskasse zum Zwecke der Zahlungsabwicklung weiter. Die Weitergabe erfolgt gemäß Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b Datenschutz-Grundverordnung auf der Grundlage von § 6 Absatz 4 der Nutzungsordnung für das Parlamentsarchiv sowie der Kostenübersicht für die Vervielfältigung

von Archivgut. Für die Verwaltung des Deutschen Bundestages ist die Bundeskasse Halle zuständig.

Dauer der Datenspeicherung

Grundsätzlich löschen wir Ihre Daten, sobald sie für den oben genannten Zweck nicht mehr erforderlich sind, es sei denn, die vorübergehende Aufbewahrung ist weiterhin notwendig. Wir speichern Ihre Daten längstens fünf Jahre nach abschließender Bearbeitung Ihrer Anfrage oder nach Abschluss Ihres Nutzungsanliegens.

Für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke können Unterlagen nach Ablauf der Aufbewahrungsfristen an das Parlamentsarchiv abgegeben werden. Die weitere Verwendung erfolgt gemäß Artikel 17 Absatz 3 Buchstabe d Datenschutz-Grundverordnung. Weitere Einzelheiten sind in der Archivordnung für den Deutschen Bundestag sowie in der Nutzungsordnung für das Parlamentsarchiv geregelt.

Betroffenenrechte

Sie können unter der oben genannten Adresse Auskunft gemäß Artikel 15 Datenschutz-Grundverordnung über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten sowie unter bestimmten Voraussetzungen die Berichtigung (Artikel 16 Datenschutz-Grundverordnung) oder die Löschung (Artikel 17 Datenschutz-Grundverordnung) Ihrer Daten verlangen. Ihnen kann weiterhin ein Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Artikel 18 Datenschutz-Grundverordnung) Ihrer Daten sowie ein Recht auf Herausgabe (Artikel 20 Datenschutz-Grundverordnung) der von Ihnen bereitgestellten Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zustehen.

Sie haben ferner das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, rechtmäßigen und auf gesetzlicher Grundlage erfolgenden Datenverarbeitungen zu widersprechen (Artikel 21 Datenschutz-Grundverordnung). Das Widerspruchsrecht besteht nicht, soweit an der Verarbeitung ein zwingendes öffentliches Interesse besteht, welches Ihren Interessen überwiegt oder eine Rechtsvorschrift zur Bearbeitung verpflichtet. Weiterhin haben Sie die Möglichkeit, sich an eine Datenschutzaufsichtsbehörde zu wenden.

Datenschutzaufsichtsbehörde

Die für uns zuständige Behörde ist:

Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

Graurheindorfer Str. 153

D – 53117 Bonn